



N i e d e r s c h r i f t

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Ausschusses für
Wirtschaft, Wissenschaft, Stadtentwicklung und Digitalisierung am
21.06.2022**

öffentlich

Ort: Stadthaus, Kleiner Saal,
Marktplatz 2,
06108 Halle (Saale),

Zeit: 17:01 Uhr bis 19:13 Uhr

Anwesenheit: siehe Teilnahmeverzeichnis

Anwesend waren:

Mitglieder

Yvonne Winkler	Ausschussvorsitzende, Fraktion MitBürger & Die PARTEI
Dr. Bodo Meerheim	Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale)
Thomas Schied	Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale)
Dr. Ulrike Wünscher	CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Dennis Helmich	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Teilnahme ab 17:05 Uhr bis 18:15 Uhr
Beate Thomann	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Andreas Heinrich	AfD-Stadtratsfraktion Halle, Teilnahme bis 18:23 Uhr
Dr. Martin Ernst	Fraktion Hauptsache Halle & Freie Wähler
Kay Senius	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
Torsten Schaper	Fraktion Freie Demokraten im Stadtrat von Halle (Saale)
Jana Kozyk	Sachkundige Einwohnerin
Dirk Neumann	Sachkundiger Einwohner
Claudia Rohrbach	Sachkundige Einwohnerin
Richard Busch	Sachkundiger Einwohner
Ernst Josef Peter Dehn	Sachkundiger Einwohner, Teilnahme bis 17:47 Uhr
Prof. Dr. Dr. h.c. Hans-Joachim Solms	Sachkundiger Einwohner
Anne-Katrin Wielebinski	Sachkundige Einwohnerin, Teilnahme bis 18:56 Uhr

Verwaltung

René Rebenstorf	Beigeordneter GB II
Dr. Heike Schaarschmidt	Referentin GB IV
Dr. Sabine Odparlik	Leiterin Fachbereich Wirtschaft, Wissenschaft und Digitalisierung
Ann-Kristin Georg	Leiterin Team Städtebauliche Projektentwicklung
Sarah Lange	Protokollführerin

Gäste

Marie-Kristin Gering	Prokuristin Stadtmarketing Halle (Saale) GmbH
----------------------	---

Entschuldigt fehlten:

Christoph Bernstiel	CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Markus Heinemann	Sachkundiger Einwohner
Nikolas Schröder	Sachkundiger Einwohner

zu **Einwohnerfragestunde**

Es gab keine Einwohneranfragen.

zu 1 **Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit**

Die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Wissenschaft, Stadtentwicklung und Digitalisierung wurde von der Vorsitzenden, **Frau Winkler**, eröffnet und geleitet. Sie stellte die Ordnungsmäßigkeit der Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

zu 2 **Feststellung der Tagesordnung**

Es gab keine Wortmeldungen, sodass **Frau Winkler** um Abstimmung der Tagesordnung bat.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Somit wurde folgende Tagesordnung festgestellt:

3. Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 24.05.2022
4. Beschlussvorlagen
 - 4.1. Jahresabschluss 2021 der Stadtmarketing Halle (Saale) GmbH
Vorlage: VII/2022/04079
 - 4.2. Bebauungsplan Nr. 212 Gewerbegebiet Europachaussee -Diemitz -
Aufstellungsbeschluss
Vorlage: VII/2022/03708
 - 4.2.1 Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum "Bebauungsplan Nr. 212 Gewerbegebiet Europachaussee - Diemitz – Aufstellungsbeschluss" (VII/2022/03708)
Vorlage: VII/2022/04147
5. Anträge von Fraktionen und Stadträten
 - 5.1. Antrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur Erstellung eines Konzeptes für einen effizienten und emissionsfreien/emissionsreduzierten Lieferverkehr auf der Letzten Meile im Stadtgebiet
Vorlage: VII/2022/04043
6. Mitteilungen

7. Anfragen von Fraktionen und Stadträten
- 7.1. Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Mobilfunkversorgung in Dölau
Vorlage: VII/2022/04166
8. Anregungen
9. Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 24.05.2022
10. Beschlussvorlagen
11. Anträge von Fraktionen und Stadträten
12. Mitteilungen
13. Anfragen von Fraktionen und Stadträten
14. Anregungen

zu 3 Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 24.05.2022

Es wurden keine Einwendungen zur öffentlichen Niederschrift vom 24. Mai 2022 eingereicht, sodass diese durch die Ausschussmitglieder bestätigt wurde.

Abstimmungsergebnis: bestätigt

zu 4 Beschlussvorlagen

**zu 4.1 Jahresabschluss 2021 der Stadtmarketing Halle (Saale) GmbH
Vorlage: VII/2022/04079**

In Abstimmung mit den Ausschussmitgliedern wurde Frau Gering das Rederecht erteilt.

Frau Gering führte in die Beschlussvorlage der Verwaltung ein und begründete diese.

Herr Schied bezog sich auf die Maßnahme Aufwertung des Marktplatzes und fragte, ob es schon Erkenntnisse nach der Aufstellung des Containers gibt. Des Weiteren fragte er, ob der Instagram Hotspot (Verliebt in Halle) auf dem Marktplatz gut angenommen wird und wer diese Aktionen, Container, maritime Sitzgelegenheiten etc. beschließt.

Frau Gering antwortete, dass aus dem Stadtrat heraus die Erstellung eines Tourismus- und Entwicklungskonzeptes erbeten wurde. Darin gibt 111 Handlungsmaßnahmen und darunter sind beispielsweise die Sichtbarmachung der Saale auf dem Marktplatz. Anhand dieser Boote soll der Blick auf die Saale gerichtet werden. Weitere Maßnahmen aus dem Konzept sind Instagramability bzw. die Foto-Hotspots, die sehr gut angenommen werden.

Das Thema Innenstadt spielte ebenfalls eine Rolle im Tourismuskonzept. Zudem gibt es eine neue Task-Force, die sich mit dem Thema Galerie Kaufhof und dem Leerstand beschäftigt. Der Marktcontainer wurde sehr gut aufgenommen.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen und **Frau Winkler** bat um Abstimmung der Beschlussvorlag.

zu 4.1 Jahresabschluss 2021 der Stadtmarketing Halle (Saale) GmbH
Vorlage: VII/2022/04079

Abstimmungsergebnis sachkundige
Einwohnerinnen und Einwohner:

einstimmig zugestimmt

Abstimmungsergebnis
Stadträtinnen und Stadträte:

mehrheitlich zugestimmt

Beschlussempfehlung:

Der Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften der Stadt Halle (Saale) genehmigt die Zustimmung des städtischen Vertreters zu der nachfolgenden Beschlussfassung der Gesellschafterversammlung der Stadtmarketing Halle (Saale) GmbH vom 04.05.2022:

1. Die Gesellschafter beschließen die Feststellung des Jahresabschlusses zum 31.12.2021 mit einer Bilanzsumme von 408.199,21 EUR und einem Jahresüberschuss von 37.542,22 EUR.
2. Die Gesellschafter beschließen, den Jahresüberschuss in Höhe von 37.542,22 EUR auf neue Rechnung vorzutragen.
3. Die Gesellschafter beschließen die Entlastung des Geschäftsführers (Herrn Mark Lange) für den Zeitraum vom 01.01.2021 bis 31.12.2021.

zu 4.2 Bebauungsplan Nr. 212 Gewerbegebiet Europachaussee -Diemitz -
Aufstellungsbeschluss
Vorlage: VII/2022/03708

zu 4.2.1 Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum
"Bebauungsplan Nr. 212 Gewerbegebiet Europachaussee - Diemitz –
Aufstellungsbeschluss" (VII/2022/03708)
Vorlage: VII/2022/04147

Herr Schied fragte nach der Stellungnahme der Verwaltung zum Änderungsantrag. Des Weiteren fragte er nach der rechtlichen Lage, sollte die Fläche zum Großteil Ackerfläche bleiben und weshalb kein vorhabenbezogener Bebauungsplan gewählt wurde.

Herr Rebenstorf antwortete, dass dem Flächeneigentümer bewusst ist, was er gekauft hat und was dort für ein Bebauungsplan zur Anwendung kommt. Der Eigentümer ist daran interessiert, eine Gewerbegebietentwicklung im Bereich von kleineren und mittleren Unternehmen umzusetzen.

Frau Winkler sagte, dass Gewerbeflächen für Start-ups und KMUs zur Verfügung stehen sollen und fragte, ob es dafür eine Zweckbindung geben wird und wie aktuell der Bedarf an Flächen für Start-ups und KMUs in Halle (Saale) besteht.

Herr Rebenstorf antwortete, dass er das Wort Start-up in dieser Form nicht mehr verwenden wird, sondern Gewerbeansiedlungen in der Größenordnung klein und mittlere Größe.

Herr Schied fragte, wenn man durch einen Bebauungsplan festlegen würde, dass die Fläche reine Ackerfläche bleiben soll, ob dann eine Entschädigung aufgrund des vorherigen Vorhaben- und Erschließungsplans eingefordert werden kann.

Herr Rebenstorf antwortete, dass mit dem jetzigen Eigentümer das Vorgehen gespiegelt wurde, was in der vorliegenden Beschlussvorlage abgebildet ist. Sollte etwas Anderes beschlossen werden, wird der Eigentümer sicher prüfen, ob ihm dadurch ein Planungsschaden entstanden ist.

Herr Schied fragte, weshalb nur ein allgemeiner Bebauungsplan, nicht ein vorhabenbezogener Bebauungsplan, angefertigt wurde.

Herr Rebenstorf antwortete, dass ein Bebauungsplan aufgestellt wird, weil es sich um mehrere Flächeneigentümer handelt.

Frau Georg ergänzte, dass für einen vorhabenbezogenen Bebauungsplan ein konkretes Vorhaben fehlt.

Herr Schied fragte, ob es noch Festlegungen zu den einzelnen Gewerbeflächen für Start-ups geben wird.

Herr Rebenstorf sagte, dass hier eher die klein- und mittelständischen Unternehmen gemeint sind.

Frau Georg ergänzte, dass die Größe der Unternehmen davon anhängig ist, wie die Flächen aufgeteilt werden.

Frau Thomann brachte den Änderungsantrag ihrer Fraktion ein und begründete diesen

Herr Rebenstorf sagte, dass die Stadtverwaltung die Ablehnung des Änderungsantrags empfiehlt, da der Stadtrat vor Jahren entschieden hat, dass die Fläche zu einer gewerblichen Fläche entwickelt werden soll. Der Flächennutzungsplan gibt dazu entsprechende Hinweise. Des Weiteren wies er darauf hin, dass die Europachaussee ist vor dem Hintergrund entstanden, dort eine gewerbliche Ansiedlung zu ermöglichen. So ist man auch mit dem Fördermittelgeber übereingekommen.

Herr Schied sagte, dass es eine Klimauntersuchung gab, in der das Gebiet als klimarelevant eingestuft wurde. Er bat um Stellungnahme.

Herr Rebenstorf sagte, dass der Flächennutzungsplan dazu lediglich Hinweise gibt.

Herr Heinrich sagte, dass er sich vorstellen könnte, dass dort hauptsächlich flache Gewerbebauten entstehen, damit eine Durchströmung der Luft weiterhin möglich sein wird. Des Weiteren gab er zu bedenken, dass vor allem vereinzelte Gewerbegebiete zu einem höheren Versiegelungsgrad seiner Meinung nach führen würden.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen mehr und **Frau Winkler** bat um Abstimmung des Änderungsantrags und der dazugehörigen Beschlussvorlage.

**zu 4.2 Bebauungsplan Nr. 212 Gewerbegebiet Europachaussee -Diemitz -
Aufstellungsbeschluss
Vorlage: VII/2022/03708**

**Abstimmungsergebnis sachkundige
Einwohnerrinnen und Einwohner:**

mehrheitlich zugestimmt

**Abstimmungsergebnis
Stadträtinnen und Stadträte:**

mehrheitlich zugestimmt

Beschlussempfehlung:

1. Der Stadtrat beschließt gemäß § 2 Abs.1 BauGB den Bebauungsplan Nr. 212 „Gewerbegebiet Europachaussee -Diemitz“ aufzustellen.
2. Der Geltungsbereich umfasst die in der Anlage 2 zu diesem Beschluss dargestellten Flächen von ca. 38 ha.
3. Der Stadtrat billigt die in der zusammenfassenden Sachdarstellung und Begründung genannten Planungsziele.

**zu 4.2.1 Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum
"Bebauungsplan Nr. 212 Gewerbegebiet Europachaussee - Diemitz –
Aufstellungsbeschluss" (VII/2022/03708)
Vorlage: VII/2022/04147**

**Abstimmungsergebnis sachkundige
Einwohnerrinnen und Einwohner:**

mehrheitlich abgelehnt

**Abstimmungsergebnis
Stadträtinnen und Stadträte:**

mehrheitlich abgelehnt

Beschlussvorschlag:

Beschlusspunkt 3 wird geändert und erhält folgende Fassung:

3. Der Stadtrat billigt die in der zusammenfassenden Sachdarstellung und Begründung genannten Planungsziele **mit folgender Ergänzung für die Planungsziele im nördlichen Bereich des Planungsgebietes zwischen Berliner Straße und Hobergweg:**

- **Begrenzung der Entwicklung von gewerblichen Bauflächen auf einen Geländestreifen entlang der Berliner Straße, dessen südliche Grenze parallel zur Berliner Straße verläuft und auf der Höhe der derzeitigen Bebauungsgrenze liegt (siehe Skizze in der Anlage),**
- **möglichst kleinteilige Nutzung auf dieser Gewerbefläche mit möglichst geringer Flächenversiegelung und umfassender Begrünung,**
- **Erhalt der vorhandenen landwirtschaftlichen Nutzfläche zwischen der im ersten Anstrich beschriebenen gewerblichen Baufläche und dem Hobergweg.**

zu 5 **Anträge von Fraktionen und Stadträten**

zu 5.1 **Antrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur Erstellung eines Konzeptes für einen effizienten und emissionsfreien/emissionsreduzierten Lieferverkehr auf der Letzten Meile im Stadtgebiet** **Vorlage: VII/2022/04043**

Herr Schied brachte den Antrag seiner Fraktion ein und begründete diesen.

Herr Schaper sagte, dass seine Fraktion das Ansinnen des Antrags begrüßt, ihn dennoch ablehnen wird, da es bereits viele Ideen aus der Wirtschaft herausgibt. Das Thema für Halle ist seiner Meinung nach zu groß.

Herr Helmich sagte, dass das keine Frage der kommunalen Größe ist, sondern ob es möglich ist, alle potenziellen Partner an einen Tisch zu bekommen. Des Weiteren nahm er Bezug auf die Stellungnahme der Verwaltung und äußerte sein Unverständnis, weshalb so viele positive Aspekte aufgeführt wurden, die Stadtverwaltung dennoch eine Ablehnung des Antrags empfiehlt.

Herr Heinrich sagte, dass das Thema Angelegenheit der Wirtschaft ist. Er gab zu bedenken, dass auch Stellflächen für die Fahrräder benötigt werden.

Herr Senius sagte, dass er dem Antrag zustimmen wird, um die Thematik aus Sicht der Verwaltung einmal prüfen zu lassen. Er fragte, wie lange das Projekt Smart-Last-Mile Logistik angelegt ist.

Herr Otto führte die ablehnende Stellungnahme der Verwaltung aus. Es ist davon auszugehen, dass die einzelnen Firmen bis 2024/25 komplett auf Elektromobilität umgestiegen sein werden. Auf die Frage von Herrn Senius sicherte er eine schriftliche Beantwortung zu.

Herr Schaper nahm Bezug auf Herrn Helmichs Aussage und merkte an, dass man den Antragstext umformulieren könnte und beispielsweise die Stadt an dem Projekt, an welchem Rostock teilnimmt, teilhaben lassen könnte. Er regte an, das Thema auch im Zuge der Erarbeitung des Mobilitätskonzeptes mitzubetrachten.

Herr Schied gab zu bedenken, dass das Thema meist auf den Rücken der Lieferfahrer*innen ausgetragen wird. In eng bebauten Gebieten wäre eine solche Belieferung vorteilhafter. Er betonte, dass es vorerst um die Betrachtung der Thematik geht, nicht um die Umsetzung.

Frau Rohrbach fragte nach dem aktuellen Sachstand der zentralen Paketboxen in der Innenstadt und nach der weiteren Behandlung des Antrags.

Herr Schied antwortete, dass der Antrag nicht vertagt werden soll. Er regte an, das Thema trotzdem in das Mobilitätskonzept mitaufzunehmen.

Herr Schaper sagte, dass er das Ansinnen nachvollziehen kann. Seiner Meinung nach ist ihm der Antrag zu unkonkret. Er fragte, was genau die Stadtverwaltung für ein Konzept erstellen soll.

Herr Rebenstorf nahm Bezug zu Frau Rohrbachs Frage und antwortete, dass dies noch Bestandteil des Teilkonzeptes für die weitestgehend autofreie Altstadt sein wird.

Herr Schied sagte, dass auch örtliche Gegebenheiten geprüft werden müssen und man sich dabei nicht auf Pilotprojekte beziehen kann, wie beispielsweise geeignete Standorte für Micro-Hubs.

Herr Senius merkte an, dass es die Aufgabe jedes öffentlichen Gemeinwesens ist, den Markt zu regulieren, Regeln aufzustellen und Konzepte aufzuzeigen, die ggf. auch für die Wirtschaft attraktiv sein können. Er befürwortete, den noch allgemein gefassten Antrag, dessen Zielstellung klar ersichtlich ist.

Frau Dr. Wünscher fragte, weshalb dazu jetzt ein Beschluss gefasst werden sollte, wenn das Mobilitätskonzept noch aussteht. Ihre Fraktion wird den Antrag ablehnen.

Herr Rebenstorf sagte, dass das Mobilitätskonzept voraussichtlich im Herbst zur Diskussion gestellt wird. Er betonte, dass diese Thematik in diesem Zusammenhang nochmals mit betrachtet wird und die Verwaltung daher auch die Ablehnung des Antrags empfiehlt.

Herr Heinrich sagte, dass seiner Meinung nach durch die Einführung der E-Fahrräder oder der Micro-Hubs weniger Emission ausgestoßen wird, aber bei der Herstellung oder Installation viel Energie aufgewendet werden muss, sodass er keine Einsparung sieht.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen und **Frau Winkler** bat um Abstimmung des Antrags.

zu 5.1 Antrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur Erstellung eines Konzeptes für einen effizienten und emissionsfreien/emissionsreduzierten Lieferverkehr auf der Letzten Meile im Stadtgebiet
Vorlage: VII/2022/04043

**Abstimmungsergebnis sachkundige
Einwohnerrinnen und Einwohner:**

mehrheitlich zugestimmt

**Abstimmungsergebnis
Stadträtinnen und Stadträte:**

mehrheitlich zugestimmt

Beschlussempfehlung:

Die Stadt Halle erstellt ein Konzept für einen effizienten und emissionsfreien/emissionsreduzierten Lieferverkehr auf der „Letzten Meile“ in der Innenstadt und weiteren Stadtteilen.

1. Dabei soll der Fokus auf Elektromobilität gesetzt werden - auf elektrisch unterstützte Lastenfahrräder und/oder kleine elektrische Lieferfahrzeuge.
2. Die Stadt nimmt Kontakt zu den entsprechenden KEP (Kurier, Express und Paketdienst) Unternehmen auf und bezieht sie in die Planungen ein.
3. Im Rahmen der Planungen werden geeignete Gebiete ausgewählt und ein entsprechendes Mikro-Depot-Konzept erstellt. (1)
4. Die Stadt überarbeitet betroffene Satzungen und sucht nach Fördermöglichkeiten. (2)
5. Optimierungen (z.B. Entsorgung von Verpackungsmaterial auf Rücktouren) werden im Dialog mit weiteren Akteuren (SWH, Händler, City-Gemeinschaft u.a.) erarbeitet.

zu 6 **Mitteilungen**

zu 6.1 **Projektanmeldung zur Realisierung des Grundsatzbeschlusses zum prioritären Investitionsvorhaben Campus Neustadt im Rahmen des Strukturwandelprozesses (VII/2021/02790) Vorlage: VII/2022/04163**

Frau Dr. Schaarschmidt berichtete, dass im Finanzausschuss der Eindruck entstand, dass durch diese Änderung der allgemeine Grundsatzbeschluss sehr weit betroffen ist und insbesondere hinsichtlich der zusätzlichen Stellen, die beantragt werden sollen. Sie sagte, dass es lediglich darum geht, dass die Ausführung nicht durch die GWG erfolgt. Alles Weitere ändert sich im Grundsatzbeschluss nicht. Zudem schätzt die Stadtverwaltung es so ein, dass es dazu keinen geänderten Stadtratsbeschlusses bedarf.

Herr Dr. Meerheim sagte, dass das Schreiben der Stadtverwaltung seiner Meinung nach beschämend ist und inhaltlich nichtzutreffend ist. Zudem äußerte er sein Unverständnis über die einseitige Schuldzuweisung.

Frau Dr. Schaarschmidt betonte, dass es nicht um Schuldzuweisungen geht, sondern lediglich um die Mitteilung, dass sich die Stadtverwaltung dazu entschieden hat, das Projekt ohne die GWG auszuführen. Sie entschuldigte sich dafür, sollte der Eindruck einer Schuldzuweisung entstanden sein.

Herr Rebenstorf ergänzte, dass nach den umfangreichen Abstimmungsrunden mit der IB der Antrag so eingereicht werden konnte, dass die Stadt (Halle) das Projekt eigenständig umsetzen kann.

Frau Rohrbach fragte, ob laut Beschluss, der konkrete Durchführungsweg nochmal dem Stadtrat vorgelegt wird.

Frau Dr. Schaarschmidt sicherte eine Prüfung bis zur morgigen Stadtratssitzung zu.

Herr Rebenstorf merkte an, dass der Durchführungsvertrag nicht mehr vorgelegt werden muss, da die Stadtverwaltung das Projekt ohne die GWG umsetzen wird.

Frau Rohrbach fragte, ob der generelle Durchführungsweg nochmal dem Stadtrat vorgelegt wird.

Frau Dr. Schaarschmidt antwortete, dass der Stadtrat über die weiteren Vorgänge fortlaufend informiert wird.

Die Information wurde zur Kenntnis genommen

**zu 6.2 Anfragen des Stadtrates, Herrn Streckenbach zur Erweiterung des Flughafens Leipzig Halle in der Stadtratssitzung am 25.5.2022
Vorlage: VII/2022/04164**

Herr Neumann bezog sich auf die gestrige Fraktionssitzung und sagte, dass noch Fragen zur Verlärmung ungeklärt sind. Des Weiteren fragte er, wie die Stadtverwaltung damit umgeht, dass aufgrund der Verlärmung keine Neubebauung mehr möglich sein wird.

Herr Rebenstorf merkte an, dass die Stadt Halle (Saale) im Fall des Ausbaus des Flughafens nicht die Genehmigungsbehörde ist.

Die Information wurde zur Kenntnis genommen

**zu 6.3 Information zum Sachstand Standortstudie Zukunftszentrum
Vorlage: VII/2022/04151**

Herr Rebenstorf informierte anhand einer Präsentation zum Sachstand Zukunftszentrum.

Frau Rohrbach fragte, ob es schon eine Entscheidung vom Land gibt.

Herr Rebenstorf antwortet, dass die Stadtverwaltung darauf drängt, dass sich das für eine der Bewerberstädte entscheidet.

Die Information wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 6.4 Aktuelle Schwerpunkte im Bereich Digitalisierung
Vorlage: VII/2022/04257**

Frau Dr. Odparlik informierte anhand einer Präsentation über die Schwerpunkte im Bereich Digitalisierung.

Herr Schied sagte, dass keine Entwicklung des Online-Marktplatzes für ihn ersichtlich ist. Er fragte nach den Kosten des Projektes für die Stadt Halle (Saale).

Frau Dr. Odparlik antwortete, dass es sich dabei um ein gefördertes Projekt durch das Land Sachsen-Anhalt handelt.

Herr Schied fragte, ob die Stadtverwaltung das bisherige Projektergebnis positiv bewertet.

Frau Dr. Odparlik antwortete, dass das Ergebnis noch nicht zufriedenstellend ist. Zudem merkte sie an, dass der entsprechende Mitarbeiter erst seit dem 1. Dezember 2021 für dieses Projekt aktiv ist. Sehr viele persönliche Gespräche werden hier geführt. Das Ziel sollte es sein, zu schauen, wie das Projekt weiter verbessert werden kann. Aus ihrer Sicht sind die Struktur der Plattform und die Präsentation der Innenstadt noch nicht überzeugend. Sie warb darum, das Projekt weiter zu führen.

Frau Dr. Wünscher bat darum, dass solche Mitteilung vorab eingestellt werden sollten. Die Art der Präsentation war für sie unergiebig.

Herr Schaper bedankte sich für die Mitteilung. Er gab Herrn Schied recht und regte an, das Projekt nicht weiter zu verfolgen. Aus eigener Erfahrung berichtete er, dass schon viele Städte, wie Bernburg und Köthen versucht haben, eigene Portale zu etablieren und an dieser Aufgabe gescheitert sind. Des Weiteren gab er zu bedenken, dass ein solches Portal lediglich eine Einnahmequelle für den denjenigen ist, der dieses Portal zur Verfügung stellt.

Frau Dr. Odparlik sagte, dass der hallesche Online-Marktplatz nicht mit den großen Plattformen konkurrieren. Aus ihrer Sicht besteht hier aber die Möglichkeit, die Innenstadt besser zu präsentieren. Das bedarf einer konzeptionellen Umsetzung und benötigt weitere Zeit.

Frau Rohrbach fragte, ob das eine Verbesserung der Schöner Läden Aktion ist.

Frau Dr. Odparlik antwortete, dass sich das Projekt nicht nur auf die halleschen Läden beziehen soll, sondern das gesamte Ensemble der Innenstadt (Aufenthaltsqualität, Kultureinrichtungen etc.) präsentieren soll.

Frau Rohrbach regte an, dass der Projektmitarbeiter in der Septemberratsversammlung dazu berichtet.

Frau Dr. Odparlik sicherte eine Berichterstattung zu.

Herr Busch fragte nach der Dauer der Projektlaufzeit für den Online-Marktplatz, ob es im Rahmen des Projektes Ziele gibt, die man erreichen möchte und wie die Aussicht auf die Erreichung dieser Ziele eingeschätzt wird.

Frau Dr. Odparlik antwortete, dass die Förderung noch bis Ende des Jahres 2022 läuft. Voraussichtlich wird das Projekt auch nächstes Jahr weiter gefördert. Zielindikatoren wurden nicht festgelegt.

Herr Schied gab zu Bedenken, dass das hallesche Portal nicht viel günstiger als beispielsweise eBay regional ist. Gleichzeitig hat man mit dem halleschen Portal nicht diese Reichweite. Der Erfolg ist seiner Meinung nach nicht erkennbar.

Die Information wurde zur Kenntnis genommen.

zu 6.5 Information zum Netzwerk Stadtentwicklung

Herr Neumann informierte, dass die organisierte Wohnungswirtschaft seit vielen Jahrzehnten im Netzwerk Stadtentwicklung organisiert ist. Dieses Netzwerk Stadtentwicklung hat vor einigen Wochen ein Upgrade bekommen. Das Netzwerk heißt jetzt offiziell Netzwerk Stadtentwicklung Arbeitsgemeinschaft halescher Wohnungsunternehmen und der Stadtwerke Halle. Das Netzwerk wurde auf 11 Wohnungsunternehmen erweitert. Eine entsprechende Geschäftsordnung wurde beschlossen. Wesentliche Themen sind die Stadtentwicklung, der Mietspiegel und die Versorgungssicherheit mit Wärme im Winter 2022/2023. Als Netzwerksprecher vom 1. Juli 2022 bis zum 30. Juni 2024 wurden Frau Kozyk und er gewählt.

Die Information wurde zur Kenntnis genommen.

zu 7 Anfragen von Fraktionen und Stadträten

zu 7.1 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Mobilfunkversorgung in Dölau Vorlage: VII/2022/04166

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

zu 7.2 Frau Rohrbach zur Berichterstattung Star Park II

Frau Rohrbach fragte, ob es eine Berichterstattung zum Star Park II geben wird und wenn ja, wann.

Herr Rebenstorf sicherte eine Berichterstattung beim Vorliegen eines neuen Sachstandes zu.

zu 7.3 Herr Dr. Meerheim zu Leuchtturmprojekten

Herr Dr. Meerheim bat um eine Berichterstattung/ Zwischenstand zu allen Leuchtturmprojekten.

Herr Rebenstorf sicherte eine Berichterstattung zu.

zu 7.4 Frau Winkler zur Antwort der Verwaltung

Frau Winkler fragte nach der ausstehenden Beantwortung ihrer Anfrage zu den Ticketverkäufen der Museumsnacht in der vergangenen Ausschusssitzung.

Herr Rebenstorf sicherte eine Prüfung und eine zeitnahe Beantwortung zu.

zu 8 Anregungen

zu 8.1 Herr Senius zur Innenstadt

Herr Senius regte an, das Stadtmarketing bei der Online-Präsentation der gesamten Innenstadt mit einzubeziehen.

Die Anregung wurde zur Kenntnis genommen.

zu 8.2 Herr Senius zum Fachkräftemangel

Herr Senius regte an, dass Frau Dr. Meißner, Vorsitzende der Geschäftsführung der Agentur für Arbeit Halle, in den Ausschuss eingeladen wird und über die Entwicklung der Fachkräftesituation berichtet. Folgende Themen wären wichtig: Wie ist die Altersstruktur in den Berufsgruppen, die demnächst in den Ruhestand gehen, aber für Halle als Beruf und als Tätigkeitsfeld besondere Bedeutung haben? Wie entwickelt sich der Zuzug von Fachkräften, wie ist die Wanderungsbewegung von Fachkräften nach Halle rein und aus Halle raus und wie entwickeln sich die Vakanzzeiten für offene Stellen, die von der Wirtschaft gemeldet werden?

Die Anregung wurde zur Kenntnis genommen.

zu 8.3 Frau Winkler zum 9-Euro-Ticket

Frau Winkler regte an, dass Herr Schwarz (Geschäftsführer HAVAG) in der September- oder Oktoberausschusssitzung über das 9-Euro-Ticket und die Auswirkung auf das Nutzerverhalten berichtet.

Die Anregung wurde zur Kenntnis genommen.

Die Vorsitzende bat um Herstellung der Nichtöffentlichkeit.

Für die Richtigkeit:

Yvonne Winkler
Ausschussvorsitzende

Sarah Lange
Protokollführerin